

## EDITORIAL



❖ Bringt der Herbst der Reformen die deutsche Parteienlandschaft in Bewegung? Einiges scheint darauf hinzudeuten. Nicht nur hat das politische Sommertheater im Westen wieder einmal eine neue Linkspartei am Horizont aufleuchten lassen. Alle Umfragen signalisieren überdies, dass der Protest gegen Hartz- und andere schwer verdauliche Reformprojekte sich neue oder auch alte Formen sucht. Die PDS mutiert im Osten von der Systemalternative zu einer Sammlungsbewegung der depressiven Verdrossenheit. Das dortige Protestpotenzial in der Wählerschaft ist aber zumindest stimmungsmäßig auch bereit, rechtsradikal zu wählen.

Regierung und Reformprogramm werden gesamtdeutsch in noch nicht da gewesenem Ausmaß abgelehnt. Die SPD verfällt in einen Status, wo man fragen darf, wie lange sie noch Volkspartei bleiben wird, während die Grünen politisch Rahm abschöpfen, ohne die Sauermilch trinken zu müssen. Die Opposition vermag den leisen und den lauten Protest nicht systematisch und nicht ausreichend auf ihre Mühlen zu lenken. Sie selbst beklagt mangelnde Geschlossenheit und das Fehlen durchgestalteter Alternativkonzepte.

Ist dies ein Szenario, in dem eine regierende Volkspartei die oppositionelle Volkspartei in den Niedergang mitreißen kann? Ja und nein! Es ist in der Tat nicht auszuschließen, dass es der SPD mit ihrer Politik beziehungsweise mit ihrer Darstellungs-politik gelingt, sowohl die PDS dauerhaft zu stärken als auch den Protest außerparlamentarisch wieder als feste Größe zu etablieren. Es ist auch nicht auszuschließen, dass die Opposition durch den dauerhaften Zwang zum Mitregieren und Mitgestalten

sich selbst als politische Alternative unglaublich macht.

Die SPD muss also möglichst bald in die Opposition, und die Unionsparteien brauchen die Regierungsverantwortung. Nur durch einen solchen Neuanfang wird die

deutsche Politik aus der Misstrauensfalle herauskommen, in die sie durch große Ankündigungen und viele kleine und große Umsetzungsfehler geraten ist. Nur so wird sich auch die Vertrauenslücke wieder schließen, die der Union und ihren politischen Alternativen durch deren ausbleibende oder verwässerte Durchsetzung droht.

Beide Volksparteien sind im übrigen darauf verwiesen, die jeweils andere als intakte politische Alternative zu haben. Sonst geraten sie gemeinsam in den Sog des Niedergangs. Beide Volksparteien müssen auch fähig bleiben, besonders die kleinen Leute und die Verlierer von historischen Entwicklungen zu integrieren. Das war die Voraussetzung dafür, dass die tief greifenden Reformen und Umgestaltungen für die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung in der Vergangenheit akzeptabel wurden. Die Bewältigung dieser Umwälzungen geschah aber nie, indem Mangelverwaltung oder auch nur gerechte Verteilung verbliebener Restbestände in Aussicht gestellt wurden. Die richtige politische Mixtur zwischen mitfühlender Teilnahme in der Gegenwart und vertrauensgestützter Aussicht auf Besserung in der Zukunft war das Erfolgsrezept. Dabei zeigte sich auch, dass dieses Rezept die beste Voraussetzung und Gewähr für eine stabile Parteienlandschaft ist. ♦

A handwritten signature in black ink, appearing to read "H. G." followed by a stylized surname.